



BERLININFO

NR. 2

29. Januar 2016



Mechthild Heil MdB

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche konnte ich am Fraunhofer-Institut an einer Simulation zum Bahnlärm teilnehmen. Dabei haben wir gehört, wie sich verschiedene Höhen der Lärmschutzwände oder auch Flüsterbremsen auf den Lärmpegel auswirken. Die Unterschiede zwischen alten und neuen Techniken sind gravierend und haben mich noch einmal darin bestärkt, daran mitzuhelfen, die Reduktionziele zu erreichen. Nämlich bis Ende 2016 51,1% und bis 2020 100% der Güterzüge in Deutschland mit Flüsterbremsen auszustatten. Es ist auch zu begrüßen, dass sich die anderen europäischen Länder gerade auf den Weg machen, die Wagons umzubauen und damit den Lärmpegel zu senken.



Ihre

M. Heil

Sportvereine aus Kruft und Kretz sind „Sterne des Sports“

Am Dienstag wurden der DJK Alemannia 1921 Kruft/Kretz e.V. und der TV 1896 Kruft e.V. für ihr gemeinsames Projekt „Einfach gemeinsam – Sport in Kruft – Eine Initiative zur Inklusion behinderter Menschen im Sport“ von Bundeskanzlerin Angela Merkel ausgezeichnet. Ehrenamtliches Engagement wertschätzen und mit einem Preis belohnen, das machen die Volks- und Raiffeisenbanken in Kooperation mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) seit 2004. Es ist schön zu sehen, wie viel persönlicher Einsatz zur Inklusion beitragen kann. Ich freue mich sehr für die beiden Vereine und die Möglichkeit, Ihnen in Berlin gratulieren zu können.



Max Schaber: Praktikum im Abgeordnetenbüro

Kurz vor dem Ende meines Praktikums im Büro der Abgeordneten Frau Heil möchte ich Ihnen eine kurze Zusammenfassung darstellen. Doch erst einmal zu meiner Person: Mein Name ist Maximilian Schaber. Ich bin 19 Jahre alt und habe im letzten Sommer die Schule mit dem Abitur abgeschlossen. In Zukunft würde ich gerne Wirtschaftsrechts studieren, doch großes Interesse lag für mich schon immer in der Politik. Entgegen der eigentlichen Anforderung komme ich nicht aus dem Wahlkreis von Frau Heil, sondern aus Berlin-Charlottenburg.

An meinem ersten Arbeitstag wurde ich gleich freundlichst an meinem Arbeitsplatz eingewiesen und mir wurden die Termine der nächsten Tage erläutert. Als Verbraucherschutzbeauftragte hat Frau Heil, meiner Meinung nach, ein sehr spannendes Aufgabenfeld. Meine Aufgaben bestanden größtenteils aus Informationssammlung und der intensiven Auseinandersetzung mit Schreiben von Firmen, Verbänden oder auch Privatpersonen. Das Themenspektrum ging hier von Speiseeis über Lärmschutz bis zu dem Schutz von Bankkunden.

In der Anwesenheit von Frau Heil konnte ich an vielen interessanten Terminen teilnehmen. Da meine Praktikumszeit sehr dicht an den Vorfällen von Köln in der Silvesternacht lag, habe ich einige, zum Teil sehr hitzige, Debatten direkt in zwei Sitzungen des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz miterleben können.

Das Sammeln von Erfahrungen und die Möglichkeit der Einblicke in die Abläufe des Bundestages machten das Praktikum zu etwas sehr Besonderem. Gerne hätte ich die Atmosphäre hier noch etwas länger genießen können. Ich werde immer mit guten Erinnerungen auf diese Zeit zurückschauen.

Für diese Zeit möchte ich Frau Heil und ihrem Team noch einmal herzlichst dan-



Asylpaket II auf den Weg gebracht

Nach langem Ringen konnte mit unserem Koalitionspartner SPD endlich eine Einigung in den Verhandlungen um ein neues Asylpaket erreicht werden. Schade, dass erst Vorfälle wie in Köln passieren müssen um bei der SPD die Zustimmung zu den nötigen Schritten zu erhalten. Das neue Asylpaket beinhaltet die Aussetzung des Familiennachzuges für die Dauer von zwei Jahren. Betroffen sind Flüchtlinge mit sog. subsidiärem Schutz, in diese Kategorie fallen die Kriegsflüchtlinge aus Syrien. Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten, wie den Balkanstaaten, werden künftig in gesonderten Aufnahmeeinrichtungen untergebracht, ihre Asylanträge werden dort zügiger bearbeitet und Abschiebungen können schneller und einfacher durchgeführt werden. Für die in solchen Einrichtungen unterbrachten Flüchtlinge gilt eine verschärfte Residenzpflicht: sie dürfen den Bezirk nicht verlassen. Bei Zuwiderhandlungen droht eine Streichung der Leistungen und ein Ruhen des Asylverfahrens.

Dieser Beschluss wird nach seinem baldigen Beschluss im Bundestag dazu beitragen, die Zahl der ankommenden Flüchtlinge und Asylbewerber in den kommenden Monaten spürbar zu reduzieren. Ein guter Schritt, der uns in den nächsten Monaten helfen wird.

Bundeskabinett beschließt:

Schnellere Ausweisung von straffälligen Asylbewerbern und Flüchtlingen

- Ausweisung sind bereits bei Bewährungsstrafe möglich.
- Kein Flüchtlingsstatus für Asylsuchende, die zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 1 Jahr verurteilt wurden.
- Das dient auch dem Schutz von Hundertausenden Flüchtlingen, die unbescholten in unserem Land Zuflucht suchen.

Flüchtlingspolitik

Es gibt in der Koalition ein gemeinsames Ziel in der Flüchtlingspolitik: Die hohe Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge muss nachhaltig und spürbar reduziert werden. Diejenigen, die ein Bleiberecht haben, werden aufgenommen. Alle anderen müssen Deutschland wieder verlassen. Über die Frage, wie dies erreicht werden kann, gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Wie der Streit darüber in den letzten Wochen und Tagen ausgetragen wird, verunsichert die Menschen in unserem Land und lässt sie an der Handlungsfähigkeit der Koalition zweifeln, was ihre Verunsicherung noch weiter verstärkt.

Das Jahr 2016 wird zu einem Schicksalsjahr für Europa. Wenn Europa nicht in der Lage ist, die große Herausforderung der Flüchtlinge gemeinsam zu bewältigen, wird dieses Europa am Ende des Jahres anders aussehen. Deshalb ist es richtig, die Bundeskanzlerin darin zu unterstützen, alle Möglichkeiten für eine europäische Lösung zu ergreifen. Die Konferenz in London Anfang Februar und dann der Europäische Rat am 18. / 19. Februar sind die herausragenden Wegmarken. Danach werden wir eine Zwischenbilanz ziehen.

Neben diesem Weg haben wir bereits eine Reihe nationaler Maßnahmen getroffen. Die damit erzielten Erfolge müssen offensichtlich noch besser kommuniziert werden. Während im letzten Jahr noch Zehntausende von Flüchtlingen aus Staaten des Westbalkans nach Deutschland kamen, wurde dies durch ihre Anerkennung als sichere Herkunftsländer korrigiert. Jetzt geht es darum, mit Marokko, Tunesien und Algerien weitere sichere Herkunftsländer zu definieren und so den Zuzug wiederum zu reduzieren.

Durch den Grundsatz Sachleistungen vor Geldleistungen sollen Anreize reduziert werden. Dass einige Bundesländer dies nicht umsetzen, muss scharf kritisiert werden. Und so richtig es ist, dass die Zahl der Abschiebungen zugenommen hat, müssen hier die Länder noch besser werden.

Es ist also so, dass neben den wirklich notwendigen Bemühungen der Bundeskanzlerin für eine europäische Lösung nationale Maßnahmen bereits erfolgreich auf den Weg gebracht wurden. Umso ärgerlicher ist es, dass das Asylpaket II noch immer nicht verabschiedet werden konnte.

In dieser schwierigen Zeit trägt diese große Koalition eine enorme Verantwortung für den Zusammenhalt in unserem Land aber auch in Europa.

Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ausbauen

Das Kabinett beschließt in dieser Woche den Jahreswirtschaftsbericht 2016, mit dem es die Schätzungen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung veröffentlicht und seine wirtschaftspolitischen Vorhaben umreißt. Es zeichnet sich ab, dass das Bruttoinlandsprodukt trotz des schwierigen internationalen Umfelds auf dem Niveau der beiden vergangenen Jahre weiter wächst. Diese robuste Wirtschaftsdynamik wird binnenwirtschaftlich von den Konsumausgaben und den Wohnungsbauinvestitionen getragen. Den positiven Impulsen von Ölpreisentwicklung, Niedrigzins und relativ niedrigem Wechselkurs steht ein Wachstumsrückgang in vielen Schwellenländern gegenüber.

Die gute Wirtschaftslage ist Grundvoraussetzung, um die Flüchtlingskrise zu bewältigen. Wir dürfen wirtschaftlich nicht zurückfallen und müssen in der

Koalition konsequent daran weiterarbeiten, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes zu stärken. Auf der Grundlage unserer bewährten Finanzpolitik müssen wir die Digitalisierung vorantreiben, die private und öffentliche Investitionstätigkeit stärken, die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen und älteren Erwerbspersonen weiter ausbauen, TTIP und der Energiewende zum Erfolg verhelfen. Diese Ansatzpunkte liegen auf der Hand und wir werden darauf achten, dass es mit konkreten Maßnahmen vorangeht.

Intelligente Mobilität – eine Chance für den Standort Deutschland.

Mit dem Internet der Dinge werden Maschinen zunehmend miteinander kommunizieren, können Autos selbstständig fahren und der Kühlschrank weiß, wann er wieder neue Lebensmittel im Online-Supermarkt bestellen muss.

Der Antrag „Intelligente Mobilität fördern“ greift die großen Chancen der Digitalisierung auf, die sich für Deutschland etwa als Standort der Automobilindustrie ergeben. Neue Standards für die Mobilität werden nun festgelegt, darin liegen gerade für unser Land große Möglichkeiten. Als wichtiges Durchgangsland für europäischen Verkehr kann eine bessere Steuerung und Abstimmung Verkehrsimmissionen verringern. Die Vernetzung der Verkehrsmittel schafft ebenfalls mehr Ressourceneffizienz – Staus und Parkplatzsuche können sich so reduzieren.

Nach dem Antrag soll die Bundesregierung die unterschiedlichen Bereiche der intelligenten Mobilität noch stärker vernetzen und steuern. Großen Wert legen wir auf die Einrichtung von Modellregionen, in denen neue Technologien erprobt werden können.

Red Hand Day 2016 im Bundestag

Zurzeit sind weltweit noch etwa 250.000 Kindersoldaten im Einsatz. Das sind 250.000 zu viel! Besonders in Afrika, aber auch in Südamerika und Südostasien werden Kinder als Kämpfer, Träger oder Spione benutzt. Hiergegen gilt es sich klar zu positionieren. Kinder und Erwachsene aus der ganzen Welt schicken deshalb ihre roten Handabdrücke an Politiker, um diese zum Handeln zu bewegen. Wie auch in den letzten Jahren haben wir auch 2016 mit unserer „Rote Hand“-Aktion auf diesen untragbaren Zustand hingewiesen. Neben zahlreichen Abgeordneten habe auch ich meinen Händeabdruck abgegeben, um mich klar gegen diesen Missbrauch von Kindern zu stellen. Ich hoffe die Aktion knüpft an die Erfolge der letzten Jahre an. Der Einsatz von Kindersoldaten ist im 21. Jahrhundert ein nicht hinnehmbarer Zustand, daher lohnt es sich, für die Abschaffung einzutreten.



Daten und Fakten

Deutschland „bestes Land der Welt“. In einer Studie, die das amerikanische Nachrichtenmagazin „US News & World Report“ in Zusammenarbeit mit der Universität Pennsylvania im Rahmen des World Economic Forum in Davos vorgestellt hat, ist Deutschland Gesamtsieger und somit „bestes Land der Welt“. Dazu wurden verschiedene Themenbereiche analysiert: Im Bereich Unternehmertum belegt Deutschland dabei Platz 1. Spitzennoten erhalten unter anderem die Infrastruktur, die fachliche Ausbildung der Bevölkerung, die technologische Expertise und der rechtliche Rahmen für Unternehmen. Im Bereich „Macht“ werden der politische und ökonomische Einfluss sowie die Person der Kanzlerin nahe der Höchstpunktzahl bewertet. In den Bereichen Bürgerrechte und Lebensqualität konnte Deutschland sich ebenfalls in der Spitzengruppe festsetzen. Für die Studie wurden 16.000 Personen in vier globalen Regionen nach ihrer Meinung über 60 Länder gefragt.

(Quelle: Best Countries Report)

Fernbusse auf Erfolgskurs. Durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Liberalisierung des Linienfernverkehrs Anfang 2013 ist der Erfolg der Fernbusunternehmen ungebrochen. 2014 wurden 16 Millionen Fahrgäste mit deutschen Linienfernbusen befördert. Im Jahr 2013 waren es noch 8,2 Millionen Fahrgäste, womit sich die Fahrgastzahl um 96% nahezu verdoppeln konnte. Der Marktanteil der Fernbusse am gesamten Linienverkehr mit Bus und Bahn konnte von 5,9% auf 11% steigen. Insgesamt 12 Millionen (+80%) der 16 Millionen Fahrgäste nutzen die Angebote im Inland, hingegen fuhren 4 Millionen Fahrgäste im grenzüberschreitenden Verkehr. Folglich lagen für 75% der Fernbusreisenden Start- und Zielort in Deutschland. Beeindruckend ist auch die Anzahl an zurückgelegten Buskilometern: 194 Millionen. Eine Steigerung von 103%. Durchschnittlich 330 Kilometer legten die Reisenden für jede Fahrt zurück. Über die Hälfte der Sitzplätze waren belegt. Auch für die Bahnunternehmen wird die Buskonkurrenz zunehmend spürbar: Der Eisenbahnverkehr beförderte 2014 rund 129 Millionen Personen – 1,8% weniger im Vergleich zum Vorjahr. Die Konkurrenz durch die Fernbusse bekommt neuen Aufwind und setzt auch den Schienenverkehr unter Druck.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)